



Antrag

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Equal Pay: Entgeltgleichheit – ein wichtiges Thema für Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt die Forderungen nach einer gerechten und gleichen Bezahlung von Frauen und Männern und nimmt den „Equal Pay Day 2013“ am 21.03. zum Anlass, gegen das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen vorzugehen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern auf der Grundlage verbindlicher rechtlicher Regelungen, z. B. durch ein Entgeltgleichheitsgesetz, wirksam umzusetzen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, die öffentliche Sensibilisierung zur Lohnungleichheit von Frauen und Männern voran zu treiben und zu prüfen, welche Möglichkeiten auf Landesebene bestehen, um auf den Abbau der geschlechtsspezifischen Lohnungleichheit hinzuwirken.

Begründung:

Der Aktionstag „Equal Pay Day“ findet seit 2008 jährlich statt und markiert den Entgeltunterschied zwischen den Geschlechtern in Deutschland als den Zeitraum, den Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen.

Noch immer ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Erwerbsarbeit und insbesondere im Hinblick auf die Entlohnung in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein nicht umgesetzt. Unverändert ist der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen in Deutschland um 22 Prozent niedriger als der von Männern. Auch unter der Voraussetzung vergleichbarer Tätigkeit und Qualifikation unterscheiden sich Frauen- und Männerlöhne pro Stunde um acht Prozent.

Dieser Lohnabstand verändert sich nicht, allen öffentlichen Skandalisierungen und auch den steigenden Qualifikationen der Frauen zum Trotz.

Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gibt es kein anderes europäisches Land, in dem das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern so groß ist wie in Deutschland. Ungleiche Voraussetzungen von Männern und Frauen für eine Existenz sichernde, eigenständige Erwerbsarbeit werden über den gesamten Erwerbslebensverlauf bis hin zum Austritt aus dem Beruf und somit zur Alterssicherung eher verfestigt als beseitigt. Defizite bezüglich der tatsächlichen Verwirklichungschancen verursachen insofern nicht nur eine Begrenzung der individuellen Möglichkeiten, sondern auch langfristige Kosten für die Gesellschaft. Notwendig ist ein Kulturwandel in der Arbeitswelt. Das erfordert – vor allem bei den (männlichen) Führungskräften – ein grundlegendes Umdenken.

Simone Lange
und Fraktion

Dr. Marret Bohn
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des SSW